Nach dem ja der Baarer kann im Gebiet Unterfeld Süd in unmittelbarer Nähe zur S-Bahnhaltestelle Lindenpark ein Quartier mit rund 400 Wohnungen und zirka 1000 Arbeitsplätzen entstehen. Foto: Andreas Busslinger

Die Stimmbevölkerung sagt Ja zum Unterfeld Süd

Das Votum an der Urne fiel deutlich aus: Über 77,5 Prozent der Baarer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich am 8. März für den Bebauungsplan Unterfeld Süd – Baubereiche 1A und 1B ausgesprochen.

Die Entwicklung im Gebiet Unterfeld Süd geht weiter: An der Urnenabstimmung vom 8. März hat die Baarer Stimmbevölkerung den zweiten von drei Bebauungsplänen deutlich gutgeheissen. 6343 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sagen Ja zum Bebauungsplan Unterfeld Süd – Baubereiche 1A und 1B, 1837 lehnen die Gebietsentwicklung an der Grenze zu Zug ab. Die Stimmbeteiligung beläuft sich auf 57,61 Prozent. Der Ja-Stimmen-Anteil liegt bei 77,54 Prozent und ist damit noch etwas höher als am 22. September 2024. Damals wurde der Bebauungsplan Unterfeld Süd – Baubereiche 3 und 4 mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 74.2 Prozent angenommen. Diese erste Etappe befindet sich bereits in der Detailplanung. Nun hat die Stimmbevölkerung auch den Weg für die zweite Etappe geebnet.

Hohe Zahl an preisgünstigen Wohnungen

«Wir freuen uns sehr, dass wir die Entwicklung des Areals weiterführen und ein modernes und lebendiges Quartier realisieren können», sagt Bauvorstand Zari Dzaferi. Auf den Baufeldern 1A und 1B entsteht neuer, dringend benötigter Wohnraum. Insgesamt sind rund 280 Wohnungen geplant. Rund 90 davon werden preisgünstig sein und damit einen wichtigen Beitrag zu bezahlbarem Wohnen leisten.

Vorgesehen sind ein Wohnhochhaus mit Läden und Dienstleistungen im Erdgeschoss sowie weitere Gebäude mit unterschiedlichen Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten. Zum Quartier gehören zudem ein Quartierplatz, ein Spielplatz und ein parkähnlicher Grünraum, die allen offenstehen. Das Quartier wird grösstenteils autofrei sein, da die Parkplätze in Tiefgaragen untergebracht werden.

Dank der Nähe zur Stadtbahnhaltestelle Lindenpark sowie guten Fuss- und Velowegen ist das Gebiet gut erschlossen. *RED*

Menzingen sagt Ja zur Ortsplanungsrevision

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Einwohner-gemeinde Menzingen haben der Ortsplanungsrevision deutlich zugestimmt. Die Vorlage wurde mit 1281 Ja-Stimmen zu 418 Nein-Stimmen angenommen. Dies entspricht einem Ja-Anteil von 75 Prozent.

Mit diesem Entscheid schafft die Gemeinde eine breit abgestützte und zukunftsgerichtete Grundlage für die räumliche Entwicklung der kommenden rund 15 Jahre.

Bevölkerung war aktiv einzubezogen

Die Vorlage umfasste die Gesamtrevision der Nutzungsplanung mit Bauordnung und Zonenplan sowie das neue Parkplatzreglement.

Seit Beginn des Prozesses im April 2020 war es dem Gemeinderat ein zentrales Anliegen, die Bevölkerung aktiv einzubeziehen. Vertretungen von Parteien, vom Gewerbe, von Fachkommissionen sowie interessierte Einwohnerinnen und Einwohner wirkten im Rahmen der Arbeitsgruppe Ortsplanung (AGOP), in Sprechstunden, Grundeigentümergesprächen und Quartierworkshops mit. Während der öffentlichen Auflage bestand zudem die Möglichkeit, Einwendungen einzureichen. Die eingegangenen Rückmeldungen wurden sorgfältig geprüft und wo angezeigt in die Vorlage eingearbeitet.

Starkes Zeichen des Vertrauens

Die nun angenommene Ortsplanung ist somit das Ergebnis eines mehrjährigen, dialogorientierten Prozesses. Sie stellt eine gemeinsam entwickelte Antwort auf die Frage dar, wie sich Menzingen räumlich weiterentwickeln soll. Gemeindepräsident Andreas Etter zeigt sich erfreut über das Abstimmungsergebnis: «Das Ja zur Ortsplanungsrevision ist ein starkes Zeichen des Vertrauens in die gemeinsame Arbeit der letzten Jahre. Die neue Ortsplanung ist breit abgestützt und schafft Planungssicherheit für die Zukunft.» Christian Ehrbar, Vorsteher Abteilung Bau, ergänzt: «Mit der Annahme der Ortsplanungsrevision erhält Menzingen zeitgemässe und rechtssichere Planungsinstrumente. Sie geben sowohl der Gemeinde als auch den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern klare Rahmenbedingungen und schaffen eine verlässliche Grundlage für kommende Entwicklungsprojekte im Bereich Bau.»

Nach Abschluss des kantonalen Genehmigungsverfahrens werden die neuen Planungsinstrumente für alle Bauvorhaben verbindlich sein. Der Gemeinderat wird die Bevölkerung laufend über die weiteren Schritte informieren. *RED*

Lösungen statt Gepolter

Roger Pitton. Foto: zvg

In der Politik wird gerne laut Nein gesagt. Nein zu Veränderungen, nein zu Reformen, nein zu allem, was komplexer ist als ein Schlagwort auf einem Plakat. Dieses Muster zeigte sich auch beim letzten Abstimmungswochenende. Statt Probleme ernsthaft anzugehen, wurde lieber vereinfacht, verkürzt und emotionalisiert. Differenzierte Argumente hatten es schwer gegen laute Parolen.

Das mag kurzfristig Aufmerksamkeit generieren, doch es löst keine Probleme. Im Gegenteil: Wer politische Fragen auf Schlagworte reduziert, verhindert echte Lösungen, verschiebt notwendige Entscheidungen auf morgen und schiebt Verantwortung ab.

Als Mitglied der Grünliberalen Partei stehe ich bewusst für einen anderen politischen Stil: lösungsorientiert, sachlich und verantwortungsvoll. Denn die Herausforderungen, vor denen wir stehen, ob Klima, Mobilität, Wohnraum oder Finanzen, lassen sich nicht mit leeren Parolen und aufgeblasener Rhetorik bewältigen. Wer behauptet, es gäbe einfache Antworten, macht es sich bequem auf Kosten der Zukunft.

Politik bedeutet heute vor allem eines: Komplexität aushalten, Ursachen analysieren, Wirkungen abschätzen, Interessen gegeneinander abwägen. Das Resultat sind selten perfekte Lösungen, sondern Kompromisse. Aber Kompromisse mit einem klaren Ziel: eine reale Verbesserung gegenüber dem Status quo und den echten Willen, Veränderungen herbeizuführen. «Es ist kompliziert» oder «zu aufwendig» sind keine Argumente, sondern Ausdrücke von Arbeitsverweigerung.

Gerade deshalb steht die GLP für Politik mit Augenmass statt ideologischem Reflex, für Fortschritt statt Blockade und für Lösungen, die auch morgen noch funktionieren. Wir wissen, dass sachliche Politik weniger Lärm erzeugt als laute Ablehnung. Aber wir sind überzeugt: Sie bewirkt am Ende mehr.

Ich bevorzuge diesen Weg bewusst. Zug braucht keine Politik der Empörung – sondern eine Politik der Verantwortung.

Roger Pitton
Co-Präsident GLP Cham

Zug bleibt Zug?

Gregor R. Bruhin. Foto: zvg

Wer in Zug aufgewachsen ist, kennt das Gefühl: Man geht durch die Stadt, trifft Bekannte, grüsst sich gegenseitig, plaudert mit dem Nachbarn. Dieses Netz aus Beziehungen, Traditionen und gemeinsamen Erinnerungen macht Heimat aus. Doch dieses Gefüge steht unter Druck.

Unser Kanton wächst rasant. In manchen Quartieren hört man auf dem Spielplatz kaum noch Schweizerdeutsch. Traditionsvereine kämpfen um Nachwuchs. Das Verbindende schwindet. Gleichzeitig explodieren die Mieten, Familien finden keine Wohnungen mehr und der Verkehr kollabiert. Die Ursache? Es kommen schlicht zu viele Menschen in die Schweiz und damit auch nach Zug.

Linke Kreise behaupten gerne, der Wachstumsdruck in Zug sei hausgemacht, eine Folge der tiefen Steuern. Das greift zu kurz. Natürlich ist Zug attraktiv, das wollen wir auch sein. Aber die Wurzel liegt tiefer: Bei einer Nettozuwanderung von 80'000 Menschen jährlich in die Schweiz ist es logisch, dass viele davon dorthin wollen, wo es lebenswert ist. Die Steuer-Debatte lenkt vom eigentlichen Problem ab.Deshalb braucht es auf Bundesebene den Mut, die Zuwanderung wirksam zu steuern. Die Personenfreizügigkeit in der heutigen Form funktioniert nicht. Es muss ein neues System geschaffen werden, dass uns die Möglichkeit gibt selbst zu entscheiden, wie viele Menschen in die Schweiz einwandern.

Heimat ist kein Museum. Sie lebt vom Wandel. Aber sie braucht einen Kern, der bleibt. Unsere Dialekte, unsere Feste, unsere direkte Demokratie, das ehrenamtliche Engagement, das sind keine folkloristischen Relikte, sondern das Fundament unseres Zusammenlebens.

Wer seine eigene Identität aufgibt, hat nichts anzubieten, in das sich Neuankömmlinge integrieren könnten. Wir dürfen von Zuzügern erwarten, dass sie unsere Sprache lernen, unsere Gepflogenheiten respektieren und sich einbringen.

Die Rechnung ist einfach: Wollen wir mehr Heimat, mehr bezahlbare Wohnungen und mehr von dem bewahren, was Zug ausmacht, muss die Zuwanderung begrenzt werden, es ist mathematische Notwendigkeit. Zug soll weltoffen bleiben. Aber Weltoffenheit heisst nicht, dass wir unbegrenzte Zuwanderung zulassen können, ohne das zu verlieren, was uns ausmacht.

Gregor R. Bruhin
Kantonsrat SVP